



DEUTSCHLAND ERNEuern

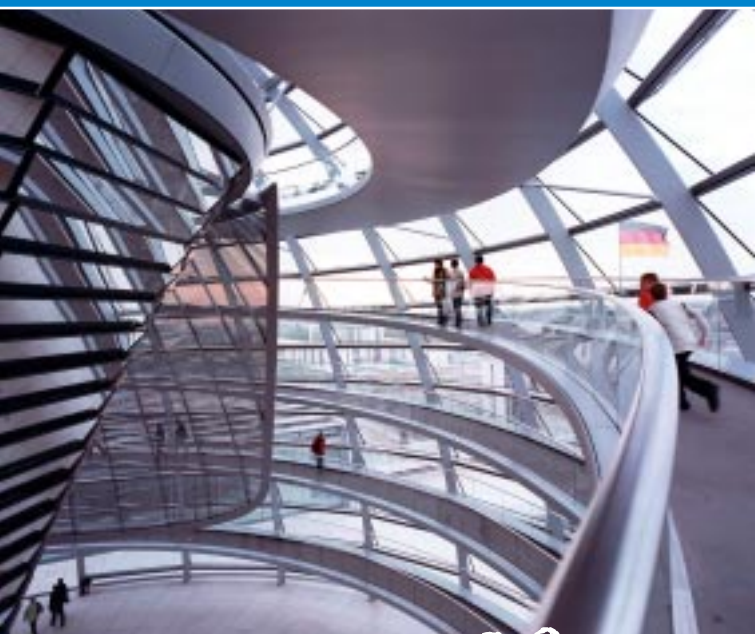


Deutschlands Weg zu neuer Stärke

agenda 2010

www.spdfraktion.de





agenda 2010



Deutschland bewegt sich wieder

Wer erinnert sich noch an den »Reformstau«, an die träge Bewegungslosigkeit in der Ära Kohl? Noch mit der Maueröffnung am 9. November 1989 waren wir Deutschen das glücklichste Volk der Welt, weniger als ein Jahr später war unser Land nach Jahrzehnten gewaltsamer Teilung wieder vereint. Zu Beginn der neunziger Jahre blickten die Deutschen in Ost und West voller Optimismus in ihre gemeinsame Zukunft.

Doch die Hoffnungen der Menschen wurden bitter enttäuscht. Eine zähe Stimmung des Missmuts legte sich bleischwer auf das Land. Fast verzweifelt rief Bundespräsident Roman Herzog 1997 zum »Ruck« auf, der endlich durch Deutschland gehen müsse. Da war es längst zu spät. Nichts ging mehr voran.

Ein Jahr später wurden die Reformverweigerer Kohl, Waigel, Blüm & Co. verdientermaßen abgewählt. Deutschland setzte 1998 auf Gerhard Schröder und die SPD. Doch inzwischen hatten sich die über viele Jahre verschlafenen und verdrängten Probleme himmelhoch aufgetürmt:

- >> Vor der Herausforderung der Globalisierung waren Kohl und seine Leute in volle Deckung gegangen.
- >> Die dramatische demografische Entwicklung unserer Bevölkerung hatten CDU/CSU und FDP aus Ideenmangel ignoriert.
- >> Für die nachhaltige Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme war unter Kohl nichts getan worden.

- >> An den Fragen moderner Bildung und Forschung zeigten Kohl und seine Leute kein Interesse.
- >> Zu einer fortschrittlichen Politik für Familien und Kinder konnte sich die Kohl-Regierung aus ideologischer Verbohrtheit nie durchringen.
- >> Die kaum aufgeblühte Pflanze »Aufschwung Ost« war schon lange vor 1998 durch falsche politische Weichenstellungen schnell und gründlich wieder zertreten worden.

Das war die Ausgangslage des Jahres 1998. Am Ende der Ära Kohl war die früher so dynamische Bundesrepublik zum Stillstand gekommen. Mut- und Perspektivlosigkeit hatten sich breit gemacht. Nach 16 Jahren schwarz-gelber Aussitzerei musste Rot-Grün unter Gerhard Schröder auf vielen Feldern ganz von vorn anfangen.

Seitdem ist unser Land wieder in Gang gekommen. Der Anfang fiel nicht leicht, und die tiefe Krise der Weltwirtschaft in den Jahren seit 2001 hat die Lage zusätzlich erschwert. Der Weg Deutschlands zu neuer Stärke und Dynamik im 21. Jahrhundert ist schwieriger als anfangs angenommen.

Sehr vieles musste auf einmal angepackt werden. Einiges davon braucht seine Zeit. Nicht überall können nach den ungeheuren Versäumnissen in den neunziger Jahren sofort neue Erfolge sichtbar werden. Manche Maßnahmen waren zunächst ungewohnt. Und noch nicht allen Bürgerinnen und Bürgern haben wir vermitteln können, wie wichtig unsere beharrliche Politik der Erneuerung Deutschlands ist, damit wir auch zukünftig in Wohlstand und sozialer Sicherheit leben können.





Doch immer mehr Menschen in Deutschland erkennen, welche enormen Wirkungen der demografische Wandel für soziale Sicherung und Bildung, Wirtschaft und Arbeit hat. Immer mehr Menschen in Deutschland verstehen, dass die großen Herausforderungen der Zukunft mit den Rezepten und Instrumenten der Vergangenheit nicht mehr zu lösen sein werden.

Deutschland bewegt sich wieder, denn immer mehr Menschen wissen: Erst die gründliche Erneuerung ermöglicht Gerechtigkeit und Lebenschancen. Nur eine dynamische und innovative Gesellschaft, die Aufbruch und Wandel als Chance begreift, wird im 21. Jahrhundert soziale Sicherheit und Teilhabe schaffen können.

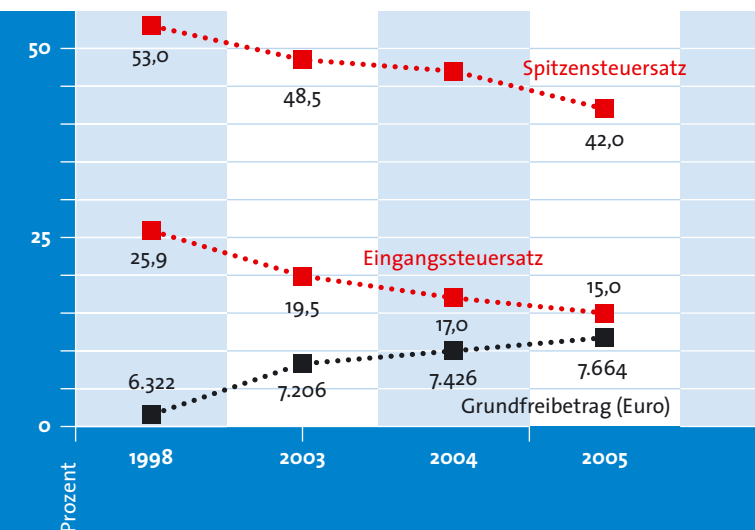
Das ist unser Ziel. Ihm gelten deshalb die Anstrengungen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion auf allen Gebieten der Politik.

Unsere Steuerpolitik

Die Menschen und Unternehmen in Deutschland brauchen neue Bewegungsfreiheit und neue Spielräume, damit sie ihre Wünsche erfüllen oder investieren können. Darum entlasten wir die Bürgerinnen und Bürger in bislang völlig unbekanntem Ausmaß von Steuern:

- >> Noch 1998 betrug der Eingangssteuersatz in Deutschland fast 26 Prozent – wir haben ihn auf 16 Prozent gesenkt; ab 2005 beträgt er nur noch 15 Prozent.
- >> Noch 1998 betrug der Spitzensteuersatz in Deutschland volle 53 Prozent – wir haben ihn auf 45 Prozent gesenkt; ab 2005 beträgt er nur noch 42 Prozent.
- >> Der Grundfreibetrag (steuerfreier Teil des Einkommens) wurde von 6.322 Euro auf 7.625 Euro erhöht.

Weniger Steuern – mehr Wachstum.



Der von uns durchgesetzte Aufbruch in der Steuerpolitik nützt allen – vielen aber ganz besonders. Überdurchschnittlich entlastet werden nämlich Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit kleinen oder mittleren Einkommen, Familien mit Kindern sowie kleine und mittlere Betriebe. Ihnen vor allem bleibt deutlich mehr Netto vom Brutto im Geldbeutel als zur Zeit Helmut Kohls. Einige Beispiele:

- >> Ab 2005 zahlt jeder vierte Bürger in Deutschland keine Lohn- und Einkommenssteuer mehr.
- >> Ab 2005 zahlt ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern bis zu einem Bruttoeinkommen von 37.650 Euro unter Einrechnung des Kindergeldes keine Steuern mehr!

1998 musste dieser Arbeitnehmer unter Berücksichtigung des damaligen Kindergeldes noch 2.924 Euro Steuern zahlen.

- >> Noch 1998 hatte eine Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern und einem Einkommen von insgesamt 40.000 Euro unter Berücksichtigung des Kindergeldes eine steuerliche Belastung in Höhe von 3.733 Euro. Heute bezahlt die Familie unter dem Strich nur noch 636 Euro. Entlastung: 83 Prozent – mehr Netto im Geldbeutel: 3.097 Euro.





- >> Noch 1998 zahlten eine alleinstehende Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer ohne Kinder mit einem Jahreseinkommen von 35.000 Euro eine Lohnsteuer inkl. Solidarzuschlag von 8.240 Euro – heute zahlt dieselbe Arbeitnehmerin bzw. derselbe Arbeitnehmer nur noch 7.307 Euro. Steuerentlastung: 11,3 Prozent; mehr Netto im Geldbeutel: 933 Euro.
- >> Ab 2005 werden die Steuern erneut gesenkt. Lohnsteuerzahler werden um weitere 6,5 Mrd Euro entlastet.
- >> Insgesamt haben wir 80 Steuerschlupflöcher geschlossen. Die Millionäre von Bad Homburg, Starnberg und Hamburg-Blankenese zahlen heute wieder Steuern und können sich nicht arm rechnen.
- >> Da kleine und mittlere Unternehmen in der Regel als Personengesellschaften organisiert sind, gelten die Entlastungsdaten auch hier, weil nicht der Betrieb, sondern der Unternehmer steuerpflichtig ist. Großunternehmer zahlen in der Regel Körperschaftsteuer.



- >> Wir haben gegen die Union eine Mindestgewinnbesteuerung für Großunternehmen durchgesetzt. Wer Gewinne macht, kann nicht Verlusterträge (wie Vodafone) vollständig gegenrechnen, sondern muss wenigstens 40 Prozent der Gewinne versteuern.

Bis zu 83 Prozent mehr Netto

Entlastung eines verheirateten Alleinverdieners
mit zwei Kindern (Steuerklasse III / 2)

Jahres brutto- lohn €	1998	2004		
	Lohnst. + Soli.z. - Kinderg.	Lohnst. + Soli.z. - Kinderg.	Entlastung gegenüber 1998	
	€	€	absolut €	relativ v. H.
20.000	- 2.110	- 3.696	- 1.568	-
25.000	- 1.020	- 3.090	- 2.070	-
30.000	300	- 2.090	- 2.420	-
35.000	2.024	- 774	- 2.798	-
40.000	3.733	636	- 3.097	- 83,0
45.000	5.319	2.112	- 3.207	- 60,3
50.000	6.969	3.577	- 3.392	- 48,7
55.000	8.668	5.100	- 3.568	- 41,2
60.000	10.394	6.681	- 3.713	- 35,7
65.000	12.187	8.324	- 3.863	- 31,7
70.000	14.020	10.026	- 3.994	- 28,5
75.000	15.952	11.789	- 4.163	- 26,1
80.000	17.939	13.611	- 4.328	- 24,1
85.000	20.029	15.494	- 4.535	- 22,6
90.000	22.173	17.438	- 4.735	- 21,4
95.000	24.420	19.442	- 4.978	- 20,4
100.000	26.720	21.507	- 5.213	- 19,5

Quelle: BMF

Unsere Politik für mehr Arbeit

Als Helmut Kohl 1998 abgelöst wurde, hinterließ er einen beispiellos unbeweglichen Arbeitsmarkt. Diese Bürde lastet schwer: Arbeitslose bleiben in Deutschland bislang deutlich länger ohne Job als in vergleichbaren anderen Ländern Europas, die Vermittlung in neue Stellen klappt weniger gut als anderswo. Diese in langen Jahren entstandene Hypothek abzutragen hat sich als enorme Herausforderung erwiesen. Wir haben sie mit der Agenda 2010 entschlossen angenommen.

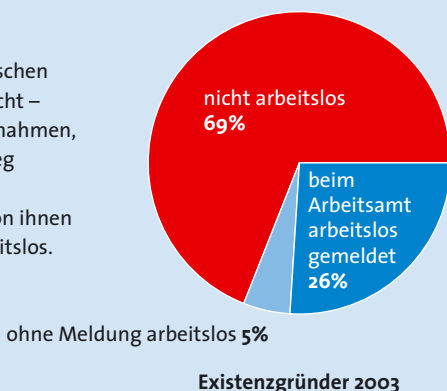
Der Richtungswechsel war dringend nötig. Wir setzen auf Aktivierung und Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, denn dauerhaft von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen zu sein ist eine der größten sozialen Ungerechtigkeiten überhaupt. Erzwungene Untätigkeit nimmt Menschen Lebenschancen und Zuversicht. Deshalb brauchen wir dringend mehr Bewegung auch auf dem Arbeitsmarkt. Diesen Kurs haben wir energisch eingeschlagen. Einige Beispiele:

- >> Mit der Verwirklichung der Hartz-Reformen haben wir innerhalb eines Jahres die größte Arbeitsmarktreform in der Geschichte unserer Republik durchgesetzt und neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen.
- >> Mit der Unterstützung von Existenzgründern durch die „Ich-AG“ eröffnen wir neue Wege in die Selbstständigkeit. *(siehe Graphik folgende Seite)*



Beispiel Selbständigkeit

2003 haben sich 1,6 Millionen Menschen selbständig gemacht – mit Hilfe der Maßnahmen, die wir auf den Weg gebracht haben. Rund ein Drittel von ihnen waren vorher arbeitslos.



- >> Mit den neuen Mini- und Midi-Jobs haben wir attraktive und erfolgreiche Lösungen für Jobs mit geringer Stundenzahl entwickelt.
- >> Wir bauen die Bundesagentur für Arbeit zu einem aktiven Dienstleister um, für den Arbeitssuchende Kunden sind. Mit der Einrichtung von Job-Centern bieten wir klar strukturierte Hilfe aus einer Hand für alle Arbeitslosen.
- >> Wir ersetzen die ineffiziente Doppelsexistenz der beiden steuerfinanzierten Systeme Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe durch eine neue einheitliche Grundversicherung für Arbeitslose. Damit bekommen endlich auch erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger Zugang zu allen Leistungen der Arbeitsämter.

- >> Arbeitslose werden künftig bei der Agentur für Arbeit durch Fallmanager unterstützt. Ein Fallmanager soll künftig für 75 Arbeitslose verantwortlich sein. Diese günstige Relation soll so schnell wie möglich erreicht werden. Heutzutage ist eine individuelle Betreuung bei mehreren hundert »Fällen« pro Sachbearbeiter kaum möglich.
- >> Kein junger Mensch darf von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit geraten. Deshalb erhält jeder junge Arbeitslose unter 25 Jahren künftig ein Angebot für einen Arbeitsplatz, eine Ausbildungsstelle oder zumindest eine Maßnahme, die für die weitere berufliche Entwicklung förderlich ist.
- >> Wir wollen, dass auch die älteren Arbeitnehmer/innen ihren Platz im Arbeitsleben haben. Wir beenden daher die Möglichkeit von Unternehmen ältere Arbeitnehmer/innen auf Kosten der Allgemeinheit aus dem Betrieb zu drängen.



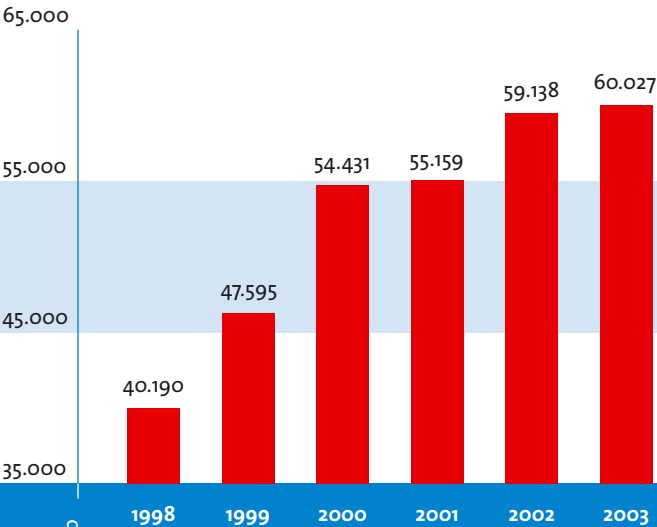
- >> Nach 50 Jahren ist es uns gelungen, das verstaubte Handwerksrecht grundlegend zu reformieren. Damit wird der Berufszugang zum Handwerk deutlich erleichtert, die Voraussetzungen für Existenzgründungen werden verbessert.

Unsere Politik für Familien

Kein Bundeskanzler hat so viel vom Wert der Familie schwadroniert wie Helmut Kohl. In Wirklichkeit war die Ära der konservativen Gesellschaftspolitik vor 1998 für Familien und Familiengründungen in Deutschland ein einziges Desaster. Die deutsche Geburtenrate sank auf einen der niedrigsten Werte in der Welt. Längst ist klar: Deutschland braucht wieder mehr Kinder, denn Kinder bedeuten Bewegung und Kreativität. Ohne Kinder gibt es keine Zukunft. Darum haben wir in der Familienpolitik das Ruder seit 1998 massiv herumgeworfen:

- >> Noch 1998 unterstützte der Bund die Familien mit 40 Milliarden Euro – im vergangenen Jahr waren es 60 Milliarden: ein Anstieg um 50 Prozent innerhalb von fünf Jahren.

Mehr Geld für Familien



Verwendung von Steuern und Ausgaben für familienpolitische Maßnahmen in Mio. Euro

Quelle: BMF



- >> Im Jahr 1998 betrug das Kindergeld für das erste bis dritte Kind jeweils 112 Euro. Seit dem Jahr 2000 haben wir das Kindergeld auf 154 Euro/Kind erhöht. Eine Familie mit drei Kindern erhält seitdem pro Jahr 1512 Euro Kindergeld mehr als 1998.
- >> Unabhängig von seiner Herkunft braucht jedes Kind die bestmöglichen Lern- und Bildungschancen – und zwar von Anfang an. Das ist eine der entscheidenden Gerechtigkeitsfragen des 21. Jahrhunderts. Deshalb setzen wir auf den stetigen Ausbau qualitativ hochwertiger vorschulische Betreuung in Krippe und Kindergarten.
- >> Familie und Beruf müssen viel besser unter einen Hut zu bekommen sein. Auch deshalb braucht Deutschland mehr Ganztagschulen. Bis 2007 wendet der Bund allein hierfür 4 Milliarden Euro auf.

Unsere Politik für Bildung und Ausbildung, Forschung und Innovation

Deutschlands Reichtum steckt in den Köpfen seiner Menschen. Damit wir diese langjährige Stärke unserer Gesellschaft für die Zukunft bewahren, müssen wir uns jetzt bewegen. Denn nur wenn wir genug können und wissen, wird unser Land im 21. Jahrhundert seinen Wohlstand behaupten können. Ohne zeitgemäße Bildung und Kenntnisse wird es den Menschen in der Wissensgesellschaft immer schwerer fallen, im Beruf erfolgreich zu sein – das macht die Bildungsfrage zur größten Gerechtigkeitsfrage überhaupt. Jeder Jugendliche, der die Schule ohne Abschluss verlässt, ist einer zu viel.

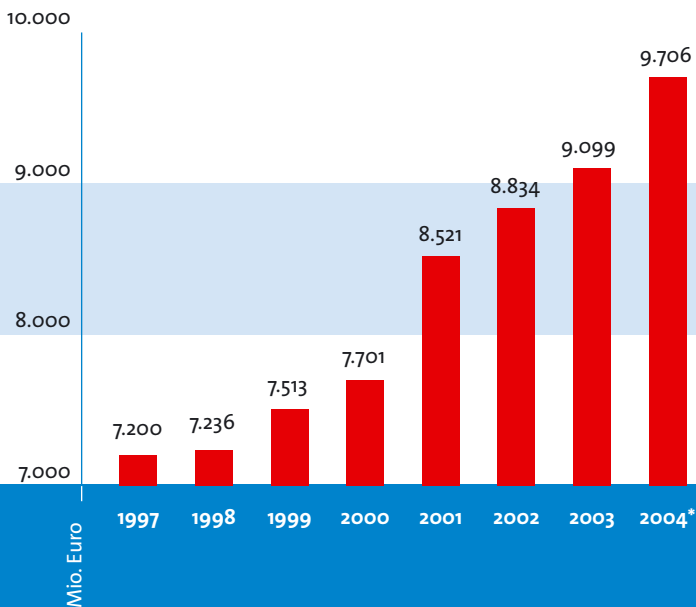
Ob in Deutschland in Zukunft Arbeitsplätze gesichert und neue Jobs geschaffen werden können – das hängt vor allem davon ab, wie gut die Ideen, Verfahren und Produkte sind, die in dieser Gesellschaft entwickelt werden. Keine Politik kann Menschen vorschreiben, gute Ideen zu haben und innovative Produkte zu entwickeln – aber Politik kann die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Menschen überhaupt gute Ideen haben können. Dieser Einsicht haben wir Taten folgen lassen. Einige Beispiele:





- >> Seit 1998 haben wir die Ausgaben für Bildung und Forschung Jahr für Jahr erhöht – von 7,3 Milliarden auf 9,7 Milliarden Euro 2004.

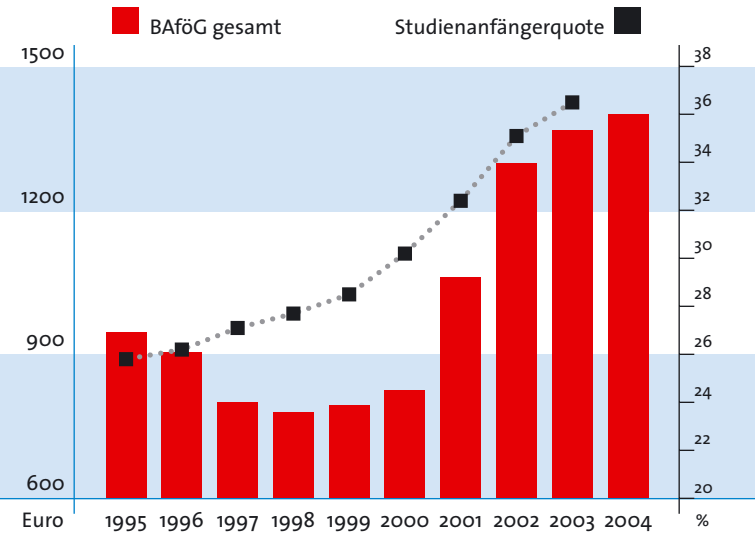
Mittel für Bildung und Forschung (in Mio. Euro)



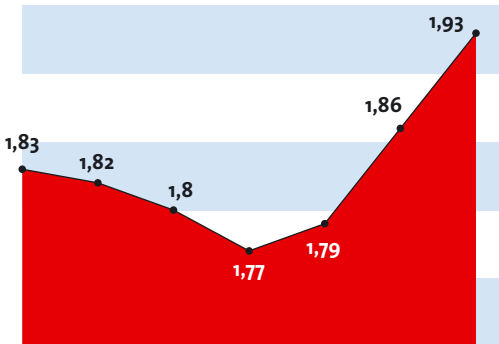
* Haushaltsentwurf / Quelle: BMBF

>> Der Anteil der Studienanfänger/innen pro Jahrgang ist von 28,5 Prozent 1998 auf derzeit 35,6 Prozent gestiegen. Dazu beigetragen hat unsere große Bafög-Reform 2001.

Entwicklung des BaföG (in Mio. Euro) und der Studienanfängerquote (OECD, in %)



Anzahl der Studierenden in Deutschland (in Mio.)



Mio. Studierende

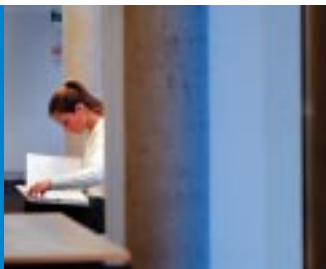
Quelle: BMBF

Geld für Bildung und Infrastruktur

Investitionen in die Zukunft 1998–2003

	1998	2003	
Ausgaben für Bildung und Forschung (Etat BMBF)	7,26 Mrd. Euro	9,10 Mrd. Euro	+ 1,84 Mrd. Euro (+ 25,3 %)
Investitionsanteil im BMVBW-Etat (Bauen, Wohnen, Verkehr)	45,0 %	50,4 %	+ 5,4 %-Punkte
Mehr Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur	9,49 Mrd. Euro	11,49 Mrd. Euro	+ 2,0 Mrd. Euro (+ 21,1 %)

- >> Wir fördern schwerpunktartig die Forschungsbereiche mit den größten Potenzialen auch für wirtschaftliches Wachstum: Informations-, Kommunikations-, Gesundheits- und Biotechnologie.
- >> Wir arbeiten an der Einführung nationaler Bildungs- und Leistungsstandards, die mithelfen können, das Leistungsniveau aller Schülerinnen und Schüler zu heben.
- >> Wir modernisieren und flexibilisieren die berufliche Bildung, damit Auszubildende und Unternehmen den Anforderungen der Zukunft besser gerecht werden können.
- >> Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik konnte mit der Wirtschaft ein verbindlicher Ausbildungspakt geschlossen werden. Unser Ziel: kein Jugendlicher darf nach der Schule in die Arbeitslosigkeit fallen.



Unsere Politik für soziale Gerechtigkeit in einem zukunftsfähigen Sozialstaat

Warum so viel Bewegung und Erneuerung? Dass sich unsere Gesellschaft wieder bewegt, ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wichtig – aber es ist kein Selbstzweck. Vielmehr verfolgt sozialdemokratische Politik immer das übergeordnete Ziel, allen Menschen ein Leben in Würde und Sicherheit zu ermöglichen. Diesem Ziel dienen unsere sozialen Sicherungssysteme. Aber gerade weil uns die Zukunft der sozialen Gerechtigkeit so sehr am Herzen liegt, brauchen wir heute wieder mehr Dynamik, mehr Bewegung in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft. Gerade deshalb ist auch der Aufbruch zu mehr Innovation erforderlich, den wir entschlossen vorantreiben.

Alles im Leben hat Voraussetzungen. Unser Sozialstaat kann auf Dauer nicht mehr Leistungen bieten, als die Wirtschaftskraft unseres Landes erlaubt. Wenn – glücklicherweise – immer mehr Menschen immer länger leben, steigen die notwendigen Aufwendungen unseres Sozialstaats beständig an: etwa die für Renten oder gute Gesundheitsversorgung.



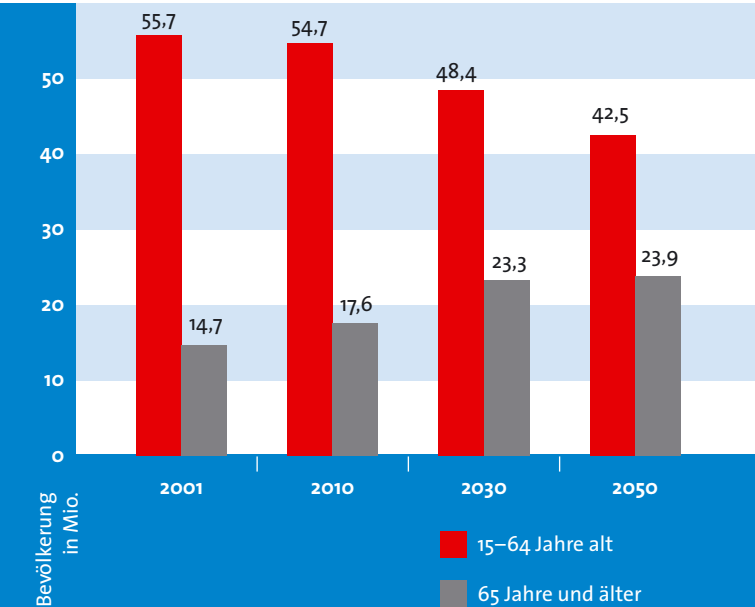
Umso effizienter, produktiver und innovativer müssen dann aber unsere Unternehmen sein, umso besser unsere Schulen und Hochschulen, umso familienfreundlicher unsere Gesellschaft. Ohne Bewegung kann kein Sozialstaat auf Dauer funktionieren. Dieser Einsicht trägt unsere Politik für gute Gesundheit und sichere Renten Rechnung.

>> **Die Gesundheitsreform wirkt**

Immer mehr Menschen werden immer älter. Das ist ein großes Glück. Zugleich macht der medizinische Fortschritt immer bessere Methoden der Behandlung möglich. Und auch das ist erfreulich. Doch zusammen machen diese beiden positiven Entwicklungen die Krankenversorgung teurer – heute und in absehbarer Zeit. Ständig steigende Lohnnebenkosten jedoch wären Gift für die Leistungskraft unserer Volkswirtschaft. Soll unter diesen Bedingungen eine gute

Verhältnis von Erwerbsfähigen zu Rentnern

Während 2001 3,8 Erwerbsfähige auf einen Rentner kommen, sind dies 2050 nur noch 1,7 Erwerbsfähige pro Rentner.



Quelle: Rürup-Kommission

Versorgung für alle möglich bleiben, dann brauchen wir mehr Zielgenauigkeit, mehr Sparsamkeit und mehr Effektivität in unserem Gesundheitssystem. Genau diesem Ziel dient unsere Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung, die Anfang 2004 in Kraft getreten ist. Schon jetzt, nur wenige Monate später ist klar, dass die Gesundheitsreform wirkt:

- >> Bereits über 25 Millionen Versicherte profitieren von ersten Beitragssenkungen, und weitere Senkungen sind angekündigt.
- >> Zum ersten Mal seit zehn Jahren schreibt die Gesetzliche Krankenversicherung wieder schwarze Zahlen – ein wichtiger Schritt der Konsolidierung.
- >> Unter den Krankenkassen beginnt der Wettbewerb um bessere Leistungen bei günstigeren Beitragssätzen – zum Vorteil der Versicherten.

Den eingeschlagenen Weg werden wir zielstrebig fortsetzen. Denn nur wenn die Gesundheitsversorgung in Deutschland auf soliden Füßen steht, werden wir sie für die künftigen Jahrzehnte bewahren können. Schon heute arbeiten mehr als vier Millionen Menschen im deutschen Gesundheitssystem – ordnen wir seine Strukturen, dann können hier in Zukunft noch viel mehr gute Arbeitsplätze entstehen.

>> **Sichere Renten für heute und morgen**

Heute finanzieren – statistisch gesehen – vier Beitragszahler eine Rentnerin oder einen Rentner. Aufgrund der Entwicklung unserer Bevölkerung aber werden in 30 Jahren nur noch zwei Beschäftigte zur Verfügung stehen, um für einen Rentner oder eine Rentnerin zu sorgen. Die Menschen in Deutschland leben immer länger, haben in den vergangenen Jahrzehnten aber immer weniger Kinder bekommen.



Auf diese fundamentalen Entwicklungen muss die Politik reagieren. Auch hier gilt einerseits: Die Menschen sollen sich auch in Zukunft auf sichere und berechenbare Altersversorgung durch die gesetzliche Rentenversicherung verlassen können. Andererseits jedoch würden immer weiter steigende Lohnnebenkosten unsere Wirtschaft belasten, unser Land Arbeitsplätze und Wachstum kosten. Deshalb müssen wir die Beitragssätze stabilisieren. In keinem Land der Welt können Bürgerinnen und Bürgern auf Dauer soziale Leistungen beziehen, die durch Wirtschaftskraft nicht gerechtfertigt sind.

Die Quadratur des Kreises kann niemandem gelingen: Ohne Kosten für alle ist die Sicherung unseres Rentensystems für die Zukunft nicht zu haben. Nur durch den solidarischen Beitrag von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Rentnerinnen und Rentnern werden wir die Alterssicherung stabilisieren:

- >> In Zukunft wird der Anstieg der gesetzlichen Renten geringer ausfallen müssen. Schon 2002 haben wir deshalb mit großem Erfolg die »Riester-Rente« als staatlich geförderte kapitalgedeckte Ergänzung der gesetzlichen Rente eingeführt.
- >> Mit dem »Renteneinkünftegesetz« werden wir die zusätzliche Altersvorsorge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer künftig weiter erleichtern. Die Beiträge in die Rentenversicherung werden ab 2005 schrittweise nicht mehr steuerlich belastet; umgekehrt werden die Rentenzahlungen – nach langer Übergangsfrist – in vollem Umfang zu versteuern sein. Die Renten von Durchschnittsverdienern bleiben dabei auf lange Sicht steuerfrei; heutige Rentner sind hiervon nicht betroffen.





- >> Mit der Einfügung des so genannten Nachhaltigkeitsfaktors in die Rentenformel berücksichtigen wir die Veränderungen im Zahlenverhältnis zwischen Arbeitnehmern und Rentnern. So können wir den Beitragsatz langfristig stabil halten.
- >> Nicht das gesetzliche, wohl aber das tatsächliche Eintrittsalter in die Rente muss schrittweise ansteigen – von derzeit 60 auf 63 Jahre. Ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen müssen in Deutschland viel stärker als bisher die Chance bekommen, mit ihrer Qualifikation und Erfahrung beruflich aktiv zu bleiben. Deshalb bauen wir Anreize zur Frühverrentung ab.

Ohne Fortschritt keine Gerechtigkeit

Dynamik und Innovation waren in Deutschland unter Helmut Kohl zu Fremdwörtern geworden – die fatalen Folgen dieser Entwicklung für Wohlstand und die Fundamente unseres Sozialstaats sind erst nach und nach klar geworden. Seit 1998 arbeiten wir daran, unser Land wieder in Bewegung zu setzen. Das ist der richtige Weg für Deutschland. Denn Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen seit mehr als 140 Jahren: Ohne Bewegung gibt es keinen Fortschritt – und ohne Fortschritt keine Gerechtigkeit.

agenda 2010



Impressum

Herausgeberin:

SPD-Bundestagsfraktion

Nina Hauer MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Platz der Republik

11011 Berlin

Bezugsadresse:

SPD-Bundestagsfraktion

Öffentlichkeitsarbeit

Platz der Republik

11011 Berlin

oder unter:

www.spdfraktion.de

Gesamtherstellung:

Petra Bauer, Cicero Werbeagentur, Berlin/Bonn

pb.cicero@t-online.de

Fotos: Joker (Titel, 5, 7, 8, 12, 14, 15, 17, 18, 19, 22, 23);

Agentur Focus (2); VISUM (4); Das Fotoarchiv (10, 16);

argus (21)

Juni 2004

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.